

## I. Vorlage

- zur Beschlussfassung  
 als Bericht

Gremium

Sitzungsteil

Datum

	bisherige Beratungsfolge	Sitzungs-termin	Abstimmungsergebnis				
			einst.	mit Mehrheit		Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
				angen.	abgel.		
1							
2							
3							

### **Betreff**

**Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 14.09.2004  
 - Sachstandsbericht Sondermüllanlage Schwabach, GSB und ZVSMM**

Zum Schreiben/Zur Vorlage der Verwaltung vom

Anlagen

### **Beschlussvorschlag**

Vom Bericht des Referenten wird Kenntnis genommen.

### **Sachverhalt**

1.

Wie im Antrag richtig dargestellt, kämpft die Gesellschaft für Sondermüllentsorgung (GSB) mit finanziellen Schwierigkeiten.

Im Auftrag des Freistaates Bayern hat das Gutachtensbüro Ernst & Young eine Neustrukturierung empfohlen, das Bayerische Kabinett hatte sich dem angeschlossen.

Hintergrund ist eine Überkapazität an Sondermüllbeseitigungsanlagen in Deutschland und der daraus resultierenden Unwirtschaftlichkeit der relativ kleinen Sondermüllverbrennungsanlage in Schwabach (ca. 30.000 Jahrestonnen).

Diese soll daher geschlossen werden und die Sondermülldeponien in Schwabach, Raindorf und Gallenbach in staatliche Regie überführt werden.

Einen ähnlichen Schritt haben bereits andere Länder (z.B. Baden-Württemberg) vorgenommen. Notwendig geworden war die Neustrukturierung auch, nachdem Sonderabfälle zur Verwertung zwischenzeitlich europaweit auch in Zementfabriken und ähnlichen Industriefeuerungsanlagen zu wesentlich günstigeren Preisen mit entsorgt werden können.

Freistaat Bayern und die großen Industriemitgeschafter der GSB werden Bürgschaften in Höhe von ca. 20 Mio Euro zur Neustrukturierung der GSB stellen. Damit wird es dieser ermöglicht, die Kosten für die Stilllegung der Sondermüllverbrennungsanlage in Schwabach, den Sozialplan für die Beschäftigten sowie technische Anpassungsmaßnahmen bei der Sondermüllverbrennungsanlage in Bahr-Ebenhausen über Bankkredite zu finanzieren. Damit ist die Grundlage für die Neustrukturierung der GSB geschaffen, ohne dass frisches Geld der Gesellschafter fließt.

Der Sondermüll wird nach wie vor in Bayern entsorgt, der Fürther Sondermüll ebenfalls. Geplant ist evtl. eine Sammelstelle, die auch von einem Privaten betrieben werden kann, mit der der Sondermüll zur GSB transportiert wird. Die Verhandlungen hierzu sind noch nicht abgeschlossen.

## 2.

Die GSB soll gerettet werden. Verluste der GSB konnten noch durch Rücklagen abgedeckt werden. Unmittelbare finanzielle Folgen zunächst sind also nicht zu befürchten.

Nachdem der ZVSMM zur Neustrukturierung finanziell nichts beitragen muss, bleibt noch das Thema der Altbürgschaften und hierüber wird mit dem Freistaat Bayern noch im Zuge des September verhandelt. Derzeit ist noch kein Ergebnis bekannt.

## 3. Finanzielle Auswirkungen der Deponien

Hier gilt die Auskunft zu 2; näheres hoffen wir im Verlauf des Oktobers zu erfahren.

## 4.

Hinsichtlich der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schwabacher Anlage sind die Kommunen aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach freien Stellen zu suchen; wenn dies ergebnislos sein wird, treten die Regeln des Sozialplanes in Kraft. Abschließendes Ergebnis steht auch hier noch aus.

Zusammenfassend:

Deutlich geringeres Müllaufkommen (z. Teil auch durch weniger Produktion von Sondermüll) sowie Überkapazitäten auf dem Entsorgungsmarkt führten zu einem massiven Preisverfall. Die aktuelle Verlustsituation der GSB ist wesentlich geprägt durch die beiden Sonderabfallverbrennungsanlagen in Schwabach und Ebenhausen. Die Grundproblematik besteht darin, dass die vorhandenen Kapazitäten beider Anlagen nicht kostendeckend ausgelastet werden können.

Der Gutachter führt aus:

„Aufgrund der guten Anlagentechnik und Betriebsführung der SAV Schwabach liegt kein wesentliches Kosteneinsparpotential mehr vor. Eine Reduzierung bzw. Vermeidung der Verlustsituation ist daher insgesamt nur möglich, wenn die kostengünstigere und wesentlich größere Anlage in Ebenhausen wirtschaftlich optimal ausgelastet wird... Aus betriebswirtschaftlicher Sicht muss die Anlage (Schwabach) möglichst schnell geschlossen werden.“

Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja Gesamtkosten €		jährliche Folgekosten <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja €	
Veranschlagung im Haushalt <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja bei Hst.		Budget-Nr.	im <input type="checkbox"/> Vwhh <input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:			
Zustimmung der Käm liegt vor: <input type="checkbox"/>	Beteiligte Dienststellen: RA <input type="checkbox"/> RpA <input type="checkbox"/> weitere: <input type="checkbox"/>		

II. Upl - Frau Schramek Zur Versendung mit der Tagesordnung

III. Ref. III

Fürth, 16.09.2004

\_\_\_\_\_  
Unterschrift des Referenten

Sachbearbeiter/in:  
Maier

1030